

BRINEK FORDERT ECHTE AUTONOMIE FÜR DIE UNIVERSITÄTEN ... "damit Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer an der Gesellschaft als absolutes Ziel erneuert werden"

Wien, 26. April 2001 (ÖVP-PK) Die Reformbemühungen für eine Verbesserung der österreichischen Universitäten fußen auf der Erkenntnis, dass die Reformziele aus dem UOG '93 nicht oder nicht in vollem Umfang erreicht wurden. Es fehlt z.B. an klaren Entscheidungsstrukturen innerhalb der Universität und zwischen den entsprechenden Stellen und Behörden; oft kommt es zu faktischen Lähmungen zahlreicher Universitätsorgane als Folge von Größe und Zusammensetzung, was zu einer Verzögerung durch ineffiziente Handlungsabläufe besonders in Budget- und Personalangelegenheiten führt ... Die Universitätslandschaft ist zu inhomogen geworden, als dass sie mit einem "Generalgesetz" reguliert wird. Diese Erkenntnis teilen so gut wie alle mit der Universität befassten Personen. Das erklärte ÖVP-Wissenschaftssprecherin Abg. Dr. Gertrude Brinek heute, Donnerstag, anlässlich der im Parlament stattfindenden Enquete zur Universitätsreform und nannte folgende Reformziele: ****

- Klarheit betreffend Leistungs- und Verantwortungsstrukturen,
- "echte" Autonomie im Bezug auf Budget (mehrjährige Globalbudgets),
- Chancen für inhaltliche Schwerpunkt- und Profilbildung,
- Flexibilisierung der Personal- bzw. Besoldungsangelegenheiten,
- dadurch mehr Effizienz betreffend das Knüpfen von Kooperationsmöglichkeiten in Forschung und Lehre sowie
- Senkung der Drop-Out-Rate, Verbesserung der Studienzeiten und anderes mehr.

Dazu gibt es in ganz Europa Diskussionen und erste Reform Erfahrungen, von denen die österreichischen Universitäten profitieren können, z.B. Uni Basel oder andere, beispielsweise deutsche Universitäten.

Brinek sieht in der künftigen Universitätsautonomie eine Chance, dass die wesentlichen Entscheidungen dort fallen, wo die fachkundigen Personen wirken, d.h. an den Universitäten selbst. Damit sollen diese mehr Selbstbestimmung erreichen als in Abhängigkeit von Entscheidungen des Ministeriums. "Ich gehe davon aus, dass die Universitäten dazu absolut in der Lage sind, wenn man ihnen die nötige Freiheit gibt. Über die transparenten Leistungsverträge mit

den dazu gehörigen Budgets wird es besser gelingen, den jeweiligen Disziplinen zu ihrem Recht zu verhelfen und etwa den berechtigten Standpunkt der Geistes- und Kulturwissenschaften zu hören bzw. diese im Konzert der Disziplinen abzusichern, als es über Ministerialentscheidungen bisher der Fall war. In der Inter- und Transdisziplinarität liegt die Chance für die Pflege der wissenschaftlichen Freiheit."

"Eine moderne, sich weiterentwickelnde Demokratie braucht die reflexive Kraft der Geisteswissenschaften, damit sie lebendig bleibt. Die Geisteswissenschaften selbst sind eingeladen, ihren "Krise-", "Tod-" und "Ende"-Diskurs zu beenden und ihre Leistungsfähigkeit - z.B. Beitrag zur Lösung von Kulturkonflikten - offensiv zu argumentieren", betonte Brinek.

Erfreulich sei die Information des stv. Vorsitzendes des Rates für Forschung und Technologie-Entwicklung, Prof. Bonn, sagte Brinek und führte aus:

- 250 Millionen Schilling zusätzlich für FWF-Grundlagenprojekte, das sind 28 Prozent mehr als im Vorjahr,
- 730 Millionen Schilling mehr für die Kooperation mit der universitären Forschung,
- über 100 Millionen Schilling zusätzlich für Nachwuchs- und Frauenförderung.

Zweifellos sei die tertiäre Bildungslandschaft durch eine steigende Unübersichtlichkeit gekennzeichnet; mit der Entwicklung der Fachhochschulen und der Zulassung der Privatuniversitäten könnte es vornehme Aufgabe der Universitäten sein, "zurück zu Humboldt" oder "vorwärts mit ihm" die "Hohen Schulen" wieder zu exklusiven Stätten der Bildung zu machen. "Die Nutzen- und die Neugier-Orientierung", wie es der Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Welzig, ausführte, muss neu definiert werden. Das bedeute, dass die Ausbildungsorientierung an den Universitäten zurücktritt und im Sinne der radikalen Aufklärung das Denken an die jeweiligen Grenzen der Disziplinen geführt wird, so Brinek.

"Der Unterschied zwischen Industrie-Unternehmen und Universität muss bei aller Autonomie absolut bestehen bleiben - unter der Maßgabe, dass eine moderne Universität die Gender-Frage, das heißt die intelligente Frauenförderung, nicht ignorieren darf", forderte die ÖVP-Wissenschaftssprecherin abschließend.

(Schluss)

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0153 2001-04-26/12:54

261254 Apr 01

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010426_OTS0153